

Bauernbund Brandenburg



Liebe Berufskollegen,

*auf diesem Bild kommen meine ersten vier Kühe in Lennewitz an. Nach viel Mühe und Arbeit bei der Renovierung unseres Vierseitenhofes ging es 2004 endlich los mit der Landwirtschaft. Aber: Nach all dem Sprücheklopfen der Vergangenheit wurde es damit nun richtig ernst. Sicher habt Ihr auch irgendwo schöne Bilder von Euren Höfen und Eurer Landwirtschaft – der große Traktor, das renovierte Bauernhaus, die neue Solardachhalle, die Rinderherde auf der Weide, die Felder aus der Vogelperspektive, der Hofnachfolger in der Mährescherkabine oder der fröhliche Altenteiler, der das noch erleben durfte. Oder Ihr könnt solche Bilder mit einer Digitalkamera unkompliziert machen (lassen). **Bitte schickt mir bis zu fünf Bilder zu an jung@bauernbund-brandenburg.de oder auf dem Postweg an Reinhard Jung, Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz.***

Der Bauernbund wird nächstes Jahr zwanzig Jahre alt und das wollen wir auf unserer Hauptversammlung am 12. Februar in Falkenrehde ordentlich feiern. Auch wenn die Entscheidungen zur EU-Agrarpolitik noch ausstehen, die Braunkohleverfahren weiter laufen und mit der Naturschutzrechtsnovelle neues Ungemach droht: Bedenken wir, wo wir 1993 standen, mit unseren Höfen und mit unserem Verband, so haben wir allen Grund, stolz auf das Erreichte zurückzublicken und zuversichtlich nach vorne. Kurt Klamroth wird wieder sprechen und unsere Mitglieder Hans-Georg von der Marwitz (CDU, MdB) und Sabine Niels (Grüne, MdL). Unter anderem wollen wir die Bilder von unseren Höfen an die Wand werfen als möglichst lange Abfolge von schönen Motiven. Und auch sonst werden wir es uns an diesem Tag gut gehen lassen, soviel steht fest. Außerdem stehen Vorstandswahlen an, deshalb bitte ich alle darum, sich den 12. Februar schonmal ganz dick im Kalender 2013 anzustreichen. Eine schriftliche Einladung kommt natürlich noch.

*Eine gesegnete Weihnachtszeit und ein frohes neues Jahr wünscht Euch
Reinhard*

Landwirtschafts-Debatte in der Märkischen Allgemeinen



Die Sitzungen der Enquete-Kommission Nachwendezeit zum Thema Landwirtschaft (auf dem Foto unser Präsident Karsten Jennerjahn rechts und LBV-Präsident Udo Folgart links bei der Anhörung am 24. August im Landtag) haben in den Medien ein lebhaftes Echo ausgelöst. Zu einer regelrechten Landwirtschafts-Debatte kam es in der Märkischen Allgemeine. Deren Beiträge sind nachfolgend vollständig abgedruckt.

Axel Vogel (Grüne) am 27. September 2012:

Die Bauern im Dorf lassen / Brandenburgs Grünen-Fraktionschef Axel Vogel zieht eine kritische Bilanz der Enquetekommission zur Landwirtschaft

Die Enquetekommission zur DDR-Aufarbeitung hat die Entwicklung und den Zustand der Brandenburger Landwirtschaft unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ist ernüchternd: die angeblich so „weltmarktfähigen“ Strukturen in Brandenburg forcieren die Entleerung des ländlichen Raumes. Was der Sozialismus mit Zwangskollektivierung, Massentierhaltung und Komplexmelioration vorbereitet hat, ist heute die perfekte Einflugschneise für finanzstarke Investoren, die reihenweise Großbetriebe aufkaufen und mit ihren Flächenkäufen die Preistreiberei befeuern.

Brandenburgs Betriebsstrukturen werden denn auch denen in Schwellenländern immer ähnlicher. Einer kleinen Zahl von Großunternehmen mit riesigen Agrarflächen steht eine Vielzahl bäuerlicher Familienbetriebe gegenüber, die sich mit wenig Land begnügen müssen. 60 Prozent der Betriebe verfügen über vier Prozent der Flächen, die größten zehn Prozent hingegen bewirtschaften fast 70 Prozent des Landes. Immer mehr GmbHs werden zu Filialbetrieben außeragrarischer Investoren, immer mehr Flächen werden von tageweise anreisenden Tiefladerbauern beackert. Leidtragender ist der ländliche Raum: immer weniger und zudem noch miserabel bezahlte Arbeitsplätze, zu wenig Wertschöpfung und Einkommen, das vor Ort bleibt und wieder investiert wird, Maismonokulturen statt artenreicher Kulturlandschaft.

Das alles ist Ergebnis einer Landwirtschaftspolitik, die nicht vom Himmel fiel. In der Enquetekommission wurde deutlich, wie alte Eliten in Bauernverband und Ämtern Hand in Hand mit den SPD-Landwirtschaftsministern die überkommenen Strukturen verteidigten. Wiedereinrichter wurden ausgebremst und nicht selten rechtswidrig von ihren alten LPGen mit dürftigen Abfindungen abgespeist. Fast jede LPG-Umwandlung in Brandenburg war fehlerhaft, jede neunte dabei sogar so schwerwiegend, dass sie als unwirksam zu qualifizieren ist. Das Beschämende dabei: Bis heute schaut das Land schulterzuckend zu. Noch schlimmer traf es die Neusiedlererben, denen „sittenwidrig“ die Flächen ihrer Eltern streitig gemacht wurden. Diese „Bodenreformaffäre“ ist bis heute nicht abgeschlossen.

Dabei ginge es auch anders: Der Gutachter Professor Helmut Klüter hat in der Enquete deutlich gemacht, wie Brandenburg als „Garten der Metropole“ mehr sein kann als Produzent von Massenprodukten für den Weltmarkt, wie lokale Wertschöpfung generiert und neue Einkommensquellen erschlossen werden können.

Die Weichenstellungen der DDR-Agrarpolitik lassen sich nicht mehr rückgängig machen, die Fehler der Brandenburger Anfangsjahre auch nur begrenzt. Doch die Enquete hat gezeigt, dass Landwirtschaftspolitik nicht alternativlos ist. In der Kommission haben alle Parteien signalisiert, dass dem Ausverkauf der Landwirtschaft ein Riegel vorgeschoben werden muss. Das ist ein Anfang, immerhin.

Kornelia Wehlan (Linke) am 4. Oktober 2012:

Zerrbilder von der Brandenburger Landwirtschaft / Linken-Politikerin antwortet auf Gastbeitrag des Brandenburger Grünen-Fraktionschefs Axel Vogel

In der MAZ vom 27. September hat Fraktionsvorsitzende der Grünen, Axel Vogel, ein Zerrbild der Entwicklung des ländlichen Raums in Brandenburg gezeichnet und die Debatte der Enquete-Kommission sehr einseitig bilanziert. Sein Versuch, die „Entleerung des ländlichen Raums“ an die LPG-Vergangenheit der Agrarbetriebe und die überwiegend großbetriebliche Agrarstruktur zu binden, folgt dem Irrtum, das westdeutsche Modell der Kleinfelderwirtschaft ließe sich für die ostdeutsche Landwirtschaft verallgemeinern.

Die Agrarstrukturen in Brandenburg sind historisch gewachsen. Sie leiten sich aus den natürlichen Bedingungen der „Streusandbüchse“ ab, die Landwirtschaft erst ab einer bestimmten Flächengröße rentabel sein lässt. Bei einem Vergleich müssen die schlechteren Böden und die geringeren Niederschläge berücksichtigt werden.

Vogels Kritik „zu wenig Wertschöpfung“ ist deshalb pharisäerhaft. Ein Blick in die Statistik zeigt: Das war auch in vorsozialistischen Zeiten der Fall. Gänzlich ignoriert werden im Beitrag die gegenüber der westdeutschen Landwirtschaft höhere Wertschöpfungsrentabilität und Arbeitsproduktivität, der geringere spezifische Verbrauch von Dünger, Pflanzenschutzmitteln und Energie und die inzwischen vergleichbaren Pflanzenerträge und höheren Tierleistungen. Auch die Erfolgsgeschichte des ökologischen Landbaus und der Fauna-Flora-Gebiete in Brandenburg gehört dazu.

Nach Ansicht der Linken sind in vielen Bereichen Brandenburgs die Löhne zu niedrig. Dies gilt auch für die Landwirtschaft, wenngleich wir uns im Ost-West-Vergleich nicht verstecken müssen. Die von Axel Vogel erneuerte Kritik am wirtschaftlichen Überleben ehemaliger LPG-Strukturen geht an den historischen Realitäten vorbei. Da der überwiegende Anteil der Böden den LPG-Bauern gehörte, konnten die Genossenschaften nach 1990 nicht über die „Treuhand“ abgewickelt werden. Im Gegensatz zu allen anderen Bereichen war es den hiesigen Bauern möglich, ihren Weg in die Marktwirtschaft selbst zu gestalten. Die Regularien beschloss der Bundestag. Dabei wurden Fehler gemacht, auch von Akteuren. Wir finden es gut, dass im deutschen Vereinigungsprozess Ostdeutsche eigene Erfahrungen einbringen konnten.

Die großen Agrarbetriebe stehen nicht in Konkurrenz zu kleineren Familienbetrieben, die ebenso wichtige Versorgungsfunktionen erfüllen. Sie haben sich bis heute behauptet und gehören zu den wenigen ökonomischen Erfolgsgeschichten in Brandenburg. Angesichts des bundesweiten Trends zu wenigen und größeren Betrieben, der abgewickelten Lebensmittelverarbeitung in Brandenburg und dem Mangel an Kaufkraft ist der von Axel Vogel befürwortete Zukunftsentwurf von kleinbäuerlichen „Gärten der Metropole“ illusionär.

Karsten Jennerjahn (Bauernbund) am 11. Oktober 2012:

Geschichtsklitterung zugunsten der Großbetriebe / Die Landwirtschaftsdebatte geht weiter: Bauernbund-Chef antwortet Linken-Politikerin Kornelia Wehlan

In ihrem Beitrag vom 4. Oktober pflegt die linke Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan die Legende von den historisch gewachsenen großen Agrarstrukturen in Brandenburg. Diese seien ökonomisch bedingt dadurch, dass aufgrund der schlechten Böden und geringen Niederschläge Landwirtschaft nur in großen Einheiten funktioniere.

Richtig ist, dass der so genannte Großgrundbesitz in Brandenburg, der 1945 enteignet wurde, nicht mehr als ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzflächen des Landes ausmachte. Seltsamerweise mit Schwerpunkt in natürlich begünstigten Regionen wie der Uckermark. Zwei Drittel der Flächen

befanden sich in der Hand kleinerer Bauern, die einen breiten ländlichen Mittelstand bildeten – bis sie 1960 zwangsweise in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengefasst wurden.

Die heutige Dominanz der damals mit Gewalt geschaffenen Agrarstrukturen ist also weder historisch noch ökonomisch bedingt. Sie erklärt sich allein aus der politischen Begünstigung der LPG-Nachfolger nach 1990. Der Behandlung des Themas Landwirtschaft in der Enquete-Kommission Nachwendezeit, die SPD und Linke übrigens verhindern wollten, ist es zu verdanken, dass erstmalig über massenhafte Bilanzfälschungen und einseitige Flächenvergaben zugunsten von Großbetrieben diskutiert wird.

Für die Großbetriebe betreibt Frau Wehlan nicht nur Geschichtsklitterung, sondern biegt sich auch die Gegenwart zurecht, wo sie nicht in ihr Weltbild passt. Sie seien eine Erfolgsgeschichte und einer der wenigen Bereiche, wo sich im Vereinigungsprozess Ostdeutsche hätten einbringen können, schreibt sie. Dass ausgerechnet die angeblich so leistungsfähigen Großbetriebe derzeit überall von Kapitalanlegern aus Westdeutschland und Holland aufgekauft werden, ist in ihrer heilen roten Agrarwelt offensichtlich nicht vorgesehen.

Aus Sicht der Landwirtschaft aber werden die riesigen Holdings der Kapitalanleger, die inzwischen etwa von Hamburg, Winsen oder Westerstede aus zehntausende brandenburgische Hektar verwalten, zunehmend zum Problem. Dieses betrifft unsere bäuerlichen Familienbetriebe ebenso wie diejenigen LPG-Nachfolger, die weiter aus eigener Kraft wirtschaften und so die Wertschöpfung in der Region halten wollen. Der Bauernbund fordert deswegen – ebenso wie CDU und Grüne in Brandenburg – die EU-Subventionen zu kappen und daran zu koppeln, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden. Diese Forderung wird bislang von SPD und Linken kategorisch abgelehnt.

Vielleicht geht es Frau Wehlan gar nicht so sehr um die brandenburgischen Bauern, sondern vielmehr darum, aus wachsenden sozialen Gegensätzen politisch Kapital zu schlagen.

Prof. Helmut Klüter am 18. Oktober 2012:

Es brummt auch in der Streusandbüchse / Nicht allein die Qualität des Bodens entscheidet über die Produktivität von Agrarbetrieben – ein Beitrag zur Landwirtschaftsdebatte

Die Brandenburger Linken-Politikerin Kornelia Wehlan behauptet in ihrem Beitrag in der Märkischen Allgemeinen vom 4. Oktober: „Die Agrarstrukturen in Brandenburg sind historisch gewachsen. Sie leiten sich aus den natürlichen Bedingungen der ‚Streusandbüchse‘ ab, die Landwirtschaft erst ab einer bestimmten Flächengröße rentabel sein lässt. Bei einem Vergleich müssen die schlechteren Böden und die geringeren Niederschläge berücksichtigt werden.“

Nun ist es aber in Brandenburg so, dass die Uckermark, ein Landkreis mit relativ fruchtbaren Böden, 466 Euro Bruttowertschöpfung pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche erzeugt, während ein typischer „Streusandbüchsenlandkreis“ wie Potsdam-Mittelmark auf 868 Euro kommt. Nicht die Bodenqualität wirkt hier bestimmend, sondern die Unternehmensstruktur: Mit durchschnittlich 346 Hektar pro Betrieb hat die Uckermark die größten Agrarbetriebe in ganz Brandenburg. Der Landesdurchschnitt lag bei 238 Hektar. In Potsdam-Mittelmark liegt der Durchschnitt bei 185 Hektar. Die größten Unterschiede gibt es bei der Bearbeitungsintensität: Potsdam-Mittelmark erzielt mit 7,7 Arbeitskräfteeinheiten pro 100 Hektar einen eher für Westdeutschland typischen Wert weit über dem Durchschnitt des Landes Brandenburg von 1,7. Die Uckermark kommt durchschnittlich nur auf nur 1,5 Arbeitskräfteeinheiten pro 100 Hektar.

Es dürfte klar sein, dass man mit einem derartig geringen Personalbesatz keine landwirtschaftlichen Hochpreisprodukte wie Spargel, Gemüse, Qualitätsfleisch oder Obst produzieren kann – und genau das ist eine der Ursachen der geringen Flächenproduktivität in der Uckermark. Die Riesenetriebe werden durch die EU-Flächenprämien alimentiert. 2010 griffen die 366 Großbetriebe mit mehr als 300 000 Euro Förderung in Berlin-Brandenburg über 190 Millionen Euro Betriebsprämien ab. Anders ausgedrückt: 6,1 Prozent der Brandenburger Betriebe erhielten 48 Prozent der

Förderung. Das sind Durchschnittswerte. Es gibt auch Großbetriebe, die einen echten Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung in Berlin-Brandenburg leisten, wie z.B. das Ökodorf Brodowin. Der 1250-Hektar-Betrieb hat einen Besatz von 16 Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar. Damit kann er Gemüse und hochwertige Milchprodukte erzeugen sowie Einkommenskombination – in diesem Fall Direktvermarktung – betreiben.

Jene erfolgreiche Form des Wirtschaftens soll mit dem neuen Leitbild „Garten der Metropolen“ entwickelt und gestärkt werden. Das bedeutet: Stärkung der Bindeglieder zwischen regional effektiver Landwirtschaft, Tourismus, Sozialbereich und Wohnen, Stärkung der Gemeinden in ländlichen Räumen, ein neues Monitoring für ländliche Räume, womit auch Zweitwohnsitznehmer für die Infrastrukturausstattung planerisch berücksichtigt werden, und eine neue planerische Untergliederung ländlicher Räume. Darin muss klar definiert werden, in welchen Gebieten agrarindustrielle Großbetriebe zugelassen werden, und in welchen Gebieten ihre Interessen den Belangen von Tourismus, Gastgewerbe, Wohnen, Natur und Landschaft nachzuordnen sind. Denn diese Wirtschaftszweige sind in der Bruttowertschöpfung ländlicher Räume bereits stärker als die Landwirtschaft.

Dieter Dombrowski (CDU) am 1. November 2012:

Aus den Fehlern der 90er Jahre lernen / Brandenburgs Landwirtschaftspolitik sollte nicht die LPG-Nachfolger, sondern die bäuerlich-mittelständischen Betriebe stärken

In der Enquetekommission zur Aufarbeitung der Brandenburger Anfangsjahre haben wir intensiv die Eigentumsverhältnisse und daraus resultierende Strukturen der Brandenburger Landwirtschaft diskutiert. Nun wird eine lebhafte Debatte über die Bewertung der 90er Jahre geführt, die leider für viele Betroffene zu spät kommt.

Selbstverständlich ist von der Linkspartei keine kritische Haltung zur DDR-Landwirtschaft mit Zwangskollektivierung und LPG-Großbetrieben zu erwarten. Auch beim Rückblick auf die letzten zwei Jahrzehnte gibt es keinen Lernprozess bei den SED-Nachfolgern. Dabei wurde in der Kommission erneut belegt, dass gerade im Umgang mit Grund und Boden viele Fehler begangen wurden – bis zum Verhalten der Landesregierung in der Bodenreformaffäre, das vom Bundesgerichtshof als „sittenwidrig“ bezeichnet wurde. Entgegen den Einschätzungen renommierter Wissenschaftler verteidigen Linke-Politiker aller Generationen weiter oft rechtlich unsauber überführte Genossenschaften als LPG-Nachfolger. Auch wird der wachsende Einfluss von Kapitalanlegern, die meist nichts mehr mit klassischer Landwirtschaft zu tun haben, ignoriert. Bemerkenswert ist: Die seit 22 Jahren regierende SPD vermeidet klare Positionierungen.

Brandenburg muss sich aber positionieren, denn es geht um grundlegende Weichenstellungen in der Agrarpolitik: In der EU werden derzeit die Entscheidungen für die nächste Förderperiode getroffen. Die CDU hat deshalb das Konzept „Starke Landwirtschaft – Starkes Brandenburg“ erarbeitet, um ortsansässige bäuerlich-mittelständische Betriebe zu unterstützen. Bäuerliche Landwirtschaft wirtschaftet im Regelfall nachhaltiger, erzielt höhere Wertschöpfung und beschäftigt mehr Arbeitskräfte pro Hektar.

Wir setzen uns deshalb für die Einführung einer Obergrenze der Direktzahlungen ein. Bei der Festlegung der Obergrenze müssen besondere regionale Gegebenheiten Brandenburgs und die beschäftigten Arbeitskräfte berücksichtigt werden. Ziel sind festangestellte Beschäftigte in der Brandenburger Landwirtschaft und nicht anonyme Lohnunternehmen. Die EU-Agrarförderung soll als Strukturförderung wirken; Gewinnmaximierung kann nicht das herausragende Ziel sein, wenn Steuergelder eingesetzt werden. Weiterhin sollten Verkauf und Verpachtung noch verfügbarer Flächen der öffentlichen Hand grundsätzlich nur ortsansässigen Landwirten oder Existenzgründern möglich sein. Die Erkenntnisse der Enquetekommission können helfen, aus den Fehlern der 90er Jahre zu lernen. Landwirtschaftspolitik dient nicht zur Rechtfertigung und Verklärung der Vergangenheit, sondern muss zum Erhalt eines lebenswerten Brandenburgs in allen Regionen beitragen.

**Udo Folgart (SPD, Landesbauernverband) am 8. November 2012:
Ein Zurück zu den Kleinbetrieben wird es nicht geben / Abschluss der
Landwirtschafts-Debatte: Der Chef des Landesbauernverbands verteidigt die
Großstrukturen gegen Kritik**

Brandenburgs Grünen-Fraktionschef Axel Vogel kritisierte in der MAZ vom 27.09.2012 die ostdeutsche und insbesondere die Brandenburger Agrarwirtschaft und deren Strukturen. Dabei hat er ein Sammelsurium an Negativem aufgezählt: Tiefladerbauern, niedrige Wertschöpfung und Mais-Monokulturen. Dies wird zusammen mit den großen Betrieben in einen Topf geworfen, alles kräftig umgerührt und fertig ist ein Zerrbild der Landwirtschaft, das wenig mit der Realität zu tun hat. Völlig unberücksichtigt bleiben zum Beispiel natürlichen Ertragsbedingungen. Geringe Niederschläge und Sandböden lassen nicht die Erträge von fruchtbaren Lehmböden mit ausreichender Wasserversorgung zu. Betriebe auf ertragsschwachen Böden brauchen daher mehr Fläche um einen ähnlichen Ertrag zu erzielen als Betriebe auf fruchtbaren Böden.

Auch vom Aderlass in der Tierhaltung nach der Wende haben sich die Betriebe nicht wieder erholt. Angesichts der Widerstände, vor allem auch der Grünen, gegen moderne und tierartgerechte große Stallneubauten wird sich dies wohl auch nicht mehr wesentlich ändern. Größere und kleinere Betriebe existieren in Brandenburg mit- und nebeneinander. Sie haben Verantwortung übernommen und stellen sich den nicht immer leichten Rahmenbedingungen gleichermaßen. Die vielfältigen Strukturen – rund 70 Prozent der Unternehmen sind Einzelunternehmen – tragen den regionalen Gegebenheiten Rechnung. Viele Landwirte sprachen sich nach 1990 dafür aus, den Boden, ihr Eigentum, gemeinsam zu bewirtschaften. Wo dies nicht der Fall war, wurden entweder die Flächen verpachtet oder Einzelunternehmen aufgebaut.

Die Umstrukturierung von genossenschaftlichem Eigentum östlicher Prägung auf genossenschaftliches Eigentum nach westlichem Charakter war einmalig und konnte nicht auf Erfahrungen aufbauen. Offene Fragen und Widersprüche wurden und werden von den Gerichten nach dem geltenden Recht geregelt. Es gibt zahllose Beispiele eines guten Miteinanders umgewandelter Betriebe. Unterschwellig wird mit dem Artikel auch die Arbeit der 36 500 Beschäftigten in der Landwirtschaft in Misskredit gebracht und die unternehmerischen Leistungen geschmälert. Gerade die in der Landwirtschaft Beschäftigten sorgen mit ihrer täglichen Arbeit dafür, dass wir alle ausreichend zu Essen haben – dies sollte nie vergessen werden.

Eine Versorgung des Berliner Marktes mit Brandenburger Erzeugnissen ist illusorisch – auch wenn mehr Brandenburger Produkte in den Regalen wünschenswert wären. Dazu müssen jedoch auch Handel und Verarbeitungsbetriebe (von denen es zu wenige gibt) bereit sein.

Das Land Brandenburg und die EU haben die Landwirtschaftsbetriebe unabhängig von ihrer Größe oder Rechtsform auf dem Weg in die Marktwirtschaft unterstützt. Dass die Politik angemessen und angepasst auf die Rahmenbedingungen reagiert hat, zeigen die Erfolge und ähnliche Entwicklungen in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Dort haben sich, unter anderen Landesregierungen, vergleichbare Agrarstrukturen entwickelt. Ein Zurück zu den Kleinststrukturen wird es nicht geben. Auch im Westen Deutschlands und der EU vollzieht sich ein stetiger Strukturwandel hin zu größeren Betrieben.

Der Präsident des Landesbauernverbands bringt hier nur ein neues Argument, das noch nicht im Rahmen der Debatte widerlegt wurde. Als Rechtfertigung für die unproduktiven Großstrukturen führt er an, auch im Westen würden die Betriebe wachsen. Auf den ersten Blick stimmt dies sogar – die bäuerlichen Familienbetriebe in den alten Bundesländern sind stetig größer geworden. Doch erstens sind sie immer noch deutlich kleiner als bei uns und zweitens verlangsamt sich dieser Strukturwandel gerade. Unter dem Eindruck von Finanzkrise und guten Preisaussichten für landwirtschaftliche Produkte gibt es vor allem in der jungen Generation einen Bewusstseinswandel. Höfe, die eigentlich "auslaufen" sollten, haben plötzlich wieder einen Hofnachfolger. Der Erfolg einer Zeitschrift wie "agrarkids" lässt sich nur erklären durch diese Wiederentdeckung der Landwirtschaft als positive Zukunftsperspektive. Wo das Interesse für die grünen Berufe auf Eigentum

trifft, wachsen neue Bauern heran. Natürlich gibt es auch im Westen Gigantismus, vor allem große Tierproduktionsanlagen ohne ausreichend Flächen, deren beratungsgeschädigte Betriebsleiter hochverschuldet als Knecht auf dem eigenen Hof arbeiten. Die entscheidende Frage ist daher: Gehört die Landwirtschaft uns oder gehört sie den Banken oder irgendwelchen Geldanlegern von außerhalb? Darauf gibt der Landesbauernverband keine Antwort ...

"Brandenburger Weg" benachteiligte Privatbauern Geschäftsführer Reinhard Jung über die Flächenvergabe durch die BVVG

Auf der Sitzung der Enquete-Kommission Nachwendezeit am 21. September 2012 im Landtag Brandenburg (Foto rechts) hatte Geschäftsführer Reinhard Jung nochmal Gelegenheit, die Position des Bauernbundes zur Vergabe der BVVG-Flächen deutlich zu machen. Mit dieser Sitzung endete die Befassung der Enquete-Kommission mit dem Thema Landwirtschaft. Ein Abschlussbericht ist für Frühjahr 2013 zu erwarten – auf die Verteilung der EU-Agrarsubventionen wird er damit wahrscheinlich keinen Einfluss mehr nehmen, möglicherweise aber auf eine Neuformulierung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze und auf die Diskussionen um eine Weiterentwicklung des Grundstücksverkehrsgesetzes.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit einem Anteil von mehr als 20 % an den landwirtschaftlichen Nutzflächen des Landes waren die im Eigentum der Treuhand bzw. BVVG befindlichen Flächen ein zentrales Instrument der Agrarpolitik. Direkt nach der Wende wurden diese zunächst verpachtet, und zwar im wesentlichen nach Empfehlung der sogenannten Bodenkommissionen auf Kreisebene. 1994 dann regelte das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz des Bundes, kurz EALG, die Privatisierung der Flächen, die bis heute andauert.

Zwischen der dem Bundesfinanzminister unterstehenden BVVG einerseits und den Bodenkommissionen auf Kreisebene andererseits gab es eine brandenburgische Agrarpolitik – sicher nicht für alles verantwortlich, aber an allen Entscheidungen maßgeblich beteiligt – und diese Agrarpolitik hat konsequent dafür gearbeitet, dass die BVVG-Flächen den LPG-Nachfolgern erhalten blieben und dass Wiedereinrichter bäuerlicher Familienbetriebe deutlich schlechtere Chancen hatten, die Flächen zu pachten bzw. zu erwerben.

In den Bodenkommissionen saßen ganz überwiegend Vertreter der Landwirtschaftsämter, die bereits vor 1990 den Aufbau der Großlandwirtschaft begleitet hatten, sowie Vertreter der Kreisbauernverbände, wie wir von Herrn Dr. Boos wissen direkte Rechtsnachfolger der sozialistischen Massenorganisation VdgB. Es gab also ganz automatisch enge personelle Verflechtungen zu den Leitungskadern der ehemaligen LPGen und Vorbehalte gegenüber Wiedereinrichtern. Allerdings: Wo sich die Wiedereinrichter wehrten und ihre Rechte einforderten, wurden sie auch beteiligt. Der Bauernbund ist damals u. a. entstanden, um Einfluss auf die Bodenkommissionen zu nehmen, und wo er stark war, etwa in der Prignitz oder im Oderland, konnte durchaus etwas erreicht werden.

Die große Richtung freilich war durch den so genannten "Brandenburger Weg" vorgegeben, nach dem – Zitat Stolpe – die Landwirte "zusammenbleiben wollen", um die angeblichen Vorteile der Größe zu nutzen. Als Beleg möchte ich die überaus deutlichen Aussagen von zwei Protagonisten dieses Weges anführen:

Zum einen Günter Wegge, 1990 bis 1996 Staatssekretär im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium. Dieser erinnerte sich auf einer Veranstaltung in Jüterbog im Frühjahr sehr offenerzig an seine damaligen Aktivitäten, ich zitiere: "Die Begeisterung für Großstrukturen lag im Trend der Zeit. Obwohl die politische Rhetorik öffentlich Chancengleichheit oder sogar die Förderung von bäuerlichen Betrieben propagierte, waren der politische Wille und die Umsetzung in der Verwaltung auf den Erhalt der LPGen ausgerichtet." Bei der Vergabe der BVVG-Flächen hatte nach Einschätzung Wegges jeder Antragsteller eine faire Chance. Auf Gelächter im Saal reagierte er mit folgenden Worten: "Aber nicht jeder war vom Charakter her geeignet, einen Betrieb zu führen, deshalb hat es auch Ablehnungen gegeben." Auf Nachfrage vom Moderator, wie diese Eignung beurteilt wurde, wich er aus, dazu möchte er sich nicht äußern, da es um sehr persönliche Einzelfälle gehe.

Zum anderen natürlich Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann – ich zitiere aus seinem Schreiben vom Januar 1993 an die Landräte und Kreisbodenkommissionen: "Die Empfehlungen der Kommissionen sollten ausschließlich folgende Ziele verfolgen": 1. und 2. beziehen sich auf die Abwehr von Ansprüchern von Alteigentümern und unter 3. heißt es dann wörtlich: "Bestehende landwirtschaftliche Unternehmen dürfen nicht durch Bodenentzug in ihrer Existenz gefährdet werden." Meine Damen und Herren, genau das ist die Kernaussage der brandenburgischen Agrarpolitik zu den BVVG-Flächen. Denn wenn bestehende Betriebe nicht durch Flächenentzug in ihrer Existenz gefährdet werden durften, so bedeutete dies im Umkehrschluss, dass neue Betriebe sich gar nicht erst eine Existenz aufbauen konnten – jedenfalls nicht mit BVVG-Flächen.

Und genau so sieht auch das Ergebnis aus. 1996 waren von den rund 309.000 Hektar BVVG-Flächen in Brandenburg 204.000 Hektar an LPG-Nachfolger verpachtet und nur 100.000 Hektar an bäuerliche Familienbetriebe. Das heißt, dass eine vergleichsweise kleine Gruppe von nicht einmal 12 % der Betriebe über 66 % der BVVG-Flächen pachten konnte, während die große Mehrheit der brandenburgischen Landwirte gänzlich leer ausging und auch nie wieder eine Chance bekam.

Dass alles so blieb, wie es damals festgezurr wurde, dafür sorgten das EALG und die immer wieder neu zwischen dem Bundesfinanzminister und den ostdeutschen Landwirtschaftsministern ausgehandelten Privatisierungsgrundsätzen der BVVG. Zunächst konnten die Pächter aus dem Pachtvertrag heraus ca. 250 Hektar zu einem gegenüber dem Verkehrswert um 35 % vergünstigten Preis kaufen. Und weil selbst das viele LPG-Nachfolger nicht schafften, wurden die in der Regel zwölfjährigen Pachtverträge erst um sechs Jahre und dann nochmal um vier Jahre verlängert, in Brandenburg jeweils verbunden mit opulenten Direktkaufoptionen – nach gegenwärtigem Stand können die Pächter von damals bis zu 450 Hektar ohne Ausschreibung erwerben. Dass SPD- und Linksfraktion diese Grenze vor anderthalb Jahren nochmal um 200 Hektar anheben wollten, brauche ich glaube ich nicht zu kommentieren.

Wie ist der Stand heute? Mehr als zwei Drittel der BVVG-Flächen sind bereits auf diese Weise privatisiert worden, noch zum Verkauf stehen in den nächsten Jahren rund 90.000 Hektar, für etwa die Hälfte bestehen Direktkaufoptionen, der Rest wird ausgeschrieben – und erzielt jedes Jahr höhere Preise. Angesichts der Preisentwicklung auf den globalen Rohstoffmärkten und der Finanzkrise haben auswärtige Investoren ihr Herz für die brandenburgische Landwirtschaft entdeckt, und die Ausschreibungsmodalitäten öffnen ihnen Tür und Tor. Landesregierung und Landesbauernverband beklagen zwar die Preistreiberei der BVVG, andererseits tun sie nichts, um ihr Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil akzeptieren sie widerspruchslos die völlig unsinnigen Argumente, mit denen diese begründet wird: Die Lose seien klein, die Flächen gingen überwiegend an ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe.

Meine Damen und Herren, erstens sind die ausgeschriebenen Lose nicht klein, sondern die durchschnittliche Losgröße lag 2011 bei 19 Hektar. Das war früher ein ganzer Bauernhof. Legt man die Verkehrswerte der BVVG zugrunde, sind das 220.000 Euro. Unsere Betriebe haben sich

zwar in den letzten Jahren stabilisiert, aber bei solchen Größenordnungen würden sich viele übernehmen und kommen deshalb überhaupt nicht als potentielle Käufer infrage. Außerdem sind die durchschnittlichen 19 Hektar nur eine arithmetische Größe, die nichts darüber aussagt, wieviel Prozent der von der BVVG ausgeschriebene Fläche in weitaus größeren, für unsere Betriebe ohnehin unfinanzierbaren Losen verscherbelt wird ...

Und zweitens sind ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe ein weißer Schimmel. Ich bitte diejenigen aus SPD- und Linksfraktion, die diesen Begriff immer wieder im Munde führen, mir einmal zu erklären, wie man Landwirtschaft betreiben will, ohne ortsansässig zu sein. Die Flächen zumindest lassen sich nicht bewegen, sie sind im besten Sinne des Wortes immobil. Die entscheidende Frage ist doch, ob die ortsansässigen Betriebe auch ortsansässigen Landwirten gehören oder schon längst in der Hand von auswärtigen Investoren sind. Wir alle wissen, dass immer mehr Großbetriebe von Industriellen oder Investmentfonds übernommen werden. Oft ist die Realisierung der Direktkaufoption auf BVVG-Flächen der entscheidende Anstoß sich – vornehm ausgedrückt – einen Partner mit ins Boot zu holen ...

Um es kurz zu machen: Der Bauernbund fordert seit langem, die verbliebenen BVVG-Flächen grundsätzlich auszuschreiben, und zwar in Losen mit weniger als 10 Hektar Fläche und ausschließlich unter ortsansässigen Landwirten mit einer Obergrenze von 100 Hektar BVVG-Fläche pro Landwirt. Eine dahingehende Neufassung der Privatisierungsgrundsätze wäre die erste Handlungsempfehlung, die ich Ihnen auf den Weg geben möchte. Weitere wichtige Handlungsempfehlungen wären die Kappung der Agrarsubventionen im Rahmen der GAP 2014-2020 und eine Novellierung des Grundstücksverkehrsgesetzes, beides mit dem Ziel, die ortsansässigen Landwirte gegenüber auswärtigen Investoren zu stärken.

Dafür freilich bedürfte es einer gewissen Einsicht bei SPD- und Linksfraktion, dass sich der "Brandenburger Weg" vielleicht doch als Sackgasse erwiesen hat, an deren Ende eben nicht brandenburgische Landwirte, sondern Geldgeber von anderswoher stehen. Wenn man aber sieht, mit welcher Verbissenheit Vertreter genau dieser beiden Parteien an der Ideologie der angeblich überlegenen Großlandwirtschaft festhalten, so stellt sich für mich folgende Frage: Ist das noch DDR-Nostalgie – der verklärte Rückblick auf schöne Jugenderlebnisse in der Erntebriade – oder ist das schon wieder dialektischer Materialismus, nach dem es auf dem Lande erst noch viel, viel schlimmer kommen muss, damit sich irgendwann aus dem Gegensatz zwischen Geldadel und Landproletariat eine neue, höhere Gesellschaftsform Bahn bricht? Wie auch immer, weshalb sich in der brandenburgischen Agrarpolitik ausgerechnet SPD und Linke zum Wegbereiter von Finanzinvestoren machen, einige sicher in bester Absicht, aber blind für die tatsächlichen Verhältnisse, das ist eine Frage, die ich Ihnen ... beim besten Willen nicht beantworten kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Jagd nach Land – Bauernbund beim ARD-Filmprojekt



Unter Mitwirkung unserer Mitglieder Carlo Horn, Frank Thumernicht, Reinhard Jung und Sebastian Leipold entstand im September die ARD-Reportage "Die Jagd nach Land", in der die Regisseurin Chiara Sambucci das globale Geschäft mit dem fruchtbaren Boden untersucht.

Ausgestrahlt am 29. Oktober von 22.45 bis 23.30 Uhr hatte die Sendung, wie aus der lebhaften Resonanz zu erfahren war, erstaunlich viele Zuschauer (wer morgens

um 9 Uhr zu arbeiten anfängt und politisch interessiert ist, schaut Tagesthemen, und bei dem interessanten Thema sind viele hängen geblieben). Eine Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Die Ruhe Agrar untersagte uns per einstweiliger Verfügung, die Formulierung "schmeißen die Leute raus, ein Agrarstudent aus Kiel, zehn neue Fendt Vario, ein Trupp rumänische Erntehelfer und dann geht die Wirtschaft los" in Zusammenhang mit dem Unternehmen zu verwenden. Gut war es trotzdem, dass mit dem Film völlig unabhängig von Ruhe Agrar eine breite Öffentlichkeit dafür sensibilisiert wurde, dass das sogenannte "Landgrabbing" eben nicht nur in Neuseeland oder Rumänien stattfindet, sondern ganz konkret auch in Deutschland.

KTG-Agrar im Oderbruch: Das Geld fließt nach Hamburg **Leserbrief unseres Mitglieds Marlies Kalies in der Märkischen Oderzeitung**

Betrifft: Agrar-Industrie-Riese wächst auch im Oderbruch, Wirtschaftsbeilage zur MOZ vom 6. November 2012

In dem Artikel wird ein durchweg positives Bild der Aktivitäten der KTG Agrar AG gezeichnet. Von dynamischer Umsatzsteigerung ist die Rede und von operativem Gewinn. Schön für die Aktionäre des Unternehmens, das seinen Sitz in Hamburg hat. Für das Oderbruch heißt das: Das Geld, was hier verdient wird, wird hier nicht ausgegeben, sondern fließt nach Hamburg, als wenn dort nicht schon genug wäre. Was bleibt im Oderbruch? 25 Arbeitsplätze auf 3.800 Hektar heißt es in dem Artikel – das sind 0,7 Arbeitskräfte auf 100 Hektar. Im brandenburger Durchschnitt sind mehr als doppelt so viele Arbeitskräfte pro Flächeneinheit beschäftigt. Wiederum schön für die Aktionäre der KTG Agrar, aber schlimm für unsere Region. Eine von der Natur gesegnete Landschaft muss sich mit KITASchließungen, Rufbus usw. auseinandersetzen, und jetzt wird auch noch die Landwirtschaft ferngesteuert. Wenn der Agrar-Industrie-Riese aus Hamburg wächst, geht das immer auf Kosten der ortsansässigen Landwirte. Ein kleiner Fehler hat sich allerdings in den Artikel eingeschlichen, der zugleich hoffen lässt. Die KTG Agrar hat nämlich nicht 3.800 Hektar erworben, sondern nur die Betriebe, die diese Flächen bewirtschaften. Ein Großteil der Flächen gehört nach wie vor privaten Eigentümern, die in den Dörfern wohnen. Diese sollten sich gut überlegen, an wen sie künftig das Land verpachten.

Marlies Kalies, Ortwig

Dorffest gegen die Abaggerung: **Neue Braunkohle-Tagebaue sind Politik von gestern** **Pressemitteilung vom 31. Oktober 2012 über unsere Aktion in Atterwasch**

Menschen aus allen Teilen Brandenburgs haben heute in Atterwasch im Landkreis Spree-Neiße gegen neue Braunkohle-Tagebaue protestiert. Auf einem "Dorffest für Heimat und Zukunft", das von Kirchengemeinde, Feuerwehr und Landwirtschaftsbetrieben ausgerichtet wurde, sprachen sich Politiker und Wirtschaftsvertreter vor etwa 400 Teilnehmern gegen die Pläne der Landesregierung aus, Atterwasch und fünf weitere Dörfer abzubaggern. "Wenn wir die Energiewende wollen, darf die Braunkohleverstromung nicht über das Jahr 2035 hinaus verlängert werden", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn auf der Kundgebung: "Die Rekultivierung ist ein Märchen, die nachhaltige Zerstörung ganzer Landstriche ist real. Für die Bewohner der betroffenen Dörfer fängt der Horror schon mit der Planung an."

Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen, Energieexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, machte bei einem Podiumsgespräch deutlich: "Braunkohle wird bei der Energiewende eine kürzere Brücke sein, als die Brandenburger Politik es bislang propagiert. Die CO₂-Abscheidung von Kohlekraftwerken ist eine gescheiterte Innovation, weil sie sich weder technisch noch wirtschaftlich trägt und auch ein europaweites Netz von Abgasleitungen nicht

machbar sein wird. Ich würde der Landesregierung daher nahelegen, die Planverfahren für neue Tagebaue nicht weiter zu verfolgen."

Das Schlusswort sprach die schönste Brandenburgerin. Die 22jährige Julia Albinus aus Atterwasch, im Frühjahr zur Miss Brandenburg 2012 gewählt, appellierte an die Teilnehmer: "Kämpft dagegen, dass unsere Heimat der Braunkohle zum Opfer fällt. Setzt Euch dafür ein, dass auch nachfolgende Generationen in den Wiesen am Goldwässerchen spielen können, so wie ich es als Kind gern getan habe." Auch die Abgeordneten Monika Schulz-Höpfner (CDU), Sabine Niels (Grüne) und Wolfgang Neskovic (Linke) sowie Christoph Rechberg vom Grundbesitzerverband kritisierten die Braunkohle-Pläne der Landesregierung als Politik von gestern.

Begonnen hatte das Dorffest mit einem Gottesdienst und dem Podiumsgespräch, an dem außer Hirschhausen auch der PNN-Chefredakteur Peter Tiede und der Rechtsanwalt Dirk Teßmer teilnahmen. Veranstalter war das Bündnis Heimat und Zukunft, in dem sich Politiker aller Parteien und Vertreter von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der Kirche zusammengeschlossen haben, um die Energiewende in Brandenburg durchzusetzen: www.heimatzukunft.de

Rund 60 Bauernbund-Mitglieder nahmen an der Veranstaltung teil und besichtigten danach noch den Hof von Ulrich Schulz in Atterwasch, wo sie mit Kaffee und Kuchen und warmen Getränken herzlich empfangen wurden. Die Medienresonanz reichte von der Frankfurter Allgemeine bis zum Deutschlandfunk. Oben: Karsten bei seiner Rede, Reinhard beim Interview. Unten: Julia Albinus: "Hier bin ich aufgewachsen und hier möchte ich alt werden." Fotos: Pichlmaier | ideengruen.de



Wider den gläsernen Landwirt

Erklärung unseres Mitglieds und Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz (CDU) zur Auskunftspflicht bei den Nachbaugebühren



Hans-Georg von der Marwitz bewirtschaftet rund 800 Hektar in Friedersdorf in Märkisch Oderland und hat sich bereits im Kampf gegen die Grüne Gentechnik für uneingeschränkte Rechte der Landwirtschaft an Nutzpflanzen und Nutztieren stark gemacht.

Nachbau ist die Nutzung von Saatgut aus der eigenen Ernte. Wenn der Landwirt zertifiziertes Saatgut von einem Pflanzenzüchter ausbringt und die daraus resultierende Ernte zum Nachbau verwendet, ist der Züchter heute berechtigt, eine Gebühr einzufordern. Bis zum Jahr 1994 gab es keine Nachbaugebühren. Erst die EU-Sortenschutzverordnung aus demselben Jahr und das deutsche Sortenschutzgesetz (1997) etablierten die Ansprüche der Züchter. Die Züchter beauftragten die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) Nachbaugebühren einzufordern und Informationen über die Aktivitäten der Landwirte zu sammeln. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in mehreren Urteilen in 2004 eine generelle Auskunftspflicht der Landwirte zum Nachbau abgelehnt. Die STV dürfe erst bei entsprechenden Anzeichen Informationen einfordern. Allerdings ist die STV weiterhin an umfangreichen Datenmaterial zum Nachbauverhalten interessiert, um ihre Ansprüche durchsetzen zu können.

Zurzeit prüft die Europäische Kommission eine Reform des EU-Sortenschutzrechts. Züchter fordern eine allgemeine Auskunftspflicht unabhängig von Anhaltspunkten zum Nachbauverhalten, um die Nachbaugebühren einfacher erheben zu können. Eine solche Regelung wäre jedoch Türöffner für Datensammlungen in großem Stile und der Anfang einer Abhängigkeitsspirale der Landwirte gegenüber den Züchtern. Der gläserne Landwirt würde insbesondere den großen Züchtungsunternehmen als Informationsquelle dienen und zur Datennutzung für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg einladen.

Jährliche Nachbaugebühren und Auskunftspflichten stellen nicht nur ureigenste Bauernprinzipien in Frage, sondern bergen das Risiko für Landwirte, sich den Züchtern offenbaren zu müssen. Es muss nach Lösungen gesucht werden, die den jeweiligen Interessen von Züchtern und Landwirten langfristig, unbürokratisch und ohne negative Begleiterscheinungen gerecht werden. Zum einen die finanzielle Unterstützung für eine nachhaltige Pflanzenzüchtung, zum anderen die Privatsphäre nachbauender Landwirte. Möglicher Lösungsansatz wäre ein einmaliger Zuschlag auf die Lizenzgebühren für zertifiziertes Saatgut. Des Weiteren steht in der Diskussion, einen Fonds zu gründen, in den Landwirte, Züchter und Verbraucher einzahlen. Die Mittel könnten dann für transparente Züchtungs- und Forschungsvorhaben genutzt werden – ohne gläserne Bauern in Abhängigkeit einzelner Unternehmen.

Tierseuchengesetz-Novelle: Keine Kostenübernahme der Bauern Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg gegenüber Staatssekretär Dr. Daniel Rühmkorf am 17. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Rühmkorf,

wir waren so verblieben, dass wir Ihnen nach Befassung im Verband Rückmeldung geben wollten. Inzwischen haben wir Ihre Gesetzesinitiative und die damit in Zusammenhang stehenden Themenfelder intensiv im Vorstand und mit unseren rinderhaltenden Mitgliedern diskutiert und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Der Bauernbund Brandenburg lehnt eine zusätzliche Beteiligung der Rinderhalter an den Kosten der BHV1/BVD-Sanierung ab. Der Arbeitsaufwand sowie der bürokratische Aufwand für die Betriebe ist bereits heute erheblich. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Belastung würde die Bekenntnisse der Landesregierung zur Tierproduktion Lügen strafen. Einerseits wird beklagt, dass die arbeits- und wertschöpfungsintensive Tierproduktion im Lande immer weiter zurückgeht, andererseits verschlechtert das Land durch Mehrkosten bei der Tierkörperbeseitigung und künftig ggf. bei der BHV1/BVD-Sanierung die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Tierhalter.

Eine zusätzliche Kostenbeteiligung ist für den Bauernbund Brandenburg besonders deshalb inakzeptabel, da es sich nicht um freiwillige Programme handelt, sondern um auf Bundesebene angeordnete flächendeckende Zwangssanierungen bei Krankheiten, deren ökonomische Relevanz von den Rinderhaltern sehr unterschiedlich beurteilt und in unserem Verband überwiegend nicht gesehen wird. Unser Verständnis für eine aus der schwierigen Haushaltslage resultierende Kostenbeteiligung der Rinderhalter würde allerdings in dem Maße wachsen, wie die Landesregierung sich gegenüber der Bundesebene zugleich glaubhaft dafür einsetzt, Auswüchse der Sanierungen einzudämmen. Hierfür machen wir folgende Vorschläge:

1. BHV1: Brandenburg wird voraussichtlich 2015 BHV1-frei sein. Die Landesregierung könnte darauf hinwirken, dass der Untersuchungsrythmus in freien Bundesländern von einjährig auf dreijährig angehoben und zeitgleich mit der Probeentnahme für Leukose und Brucellose durchgeführt wird. Dies erscheint angesichts der geringen ökonomischen Relevanz von BHV1 veterinärmedizinisch vertretbar und würde auch den Arbeitsaufwand für die Tierhalter auf ein Minimum begrenzen.
2. BVD: Brandenburg wird definitiv 2014 BVD-frei sein, ebenso wie alle anderen Bundesländer. Die Landesregierung könnte darauf hinwirken, die bisher vorgesehene Fortführung der Untersuchungen darüber hinaus ersatzlos zu streichen. Für die Fortführung gibt es veterinärmedizinisch keinen nachvollziehbaren Grund, sie wird von den Tierhaltern als Willkür empfunden.

Der Bauernbund Brandenburg hält es durchaus für notwendig, auch in Zeiten der Seuchenfreiheit in der öffentlichen Verwaltung veterinärmedizinische Kompetenz vorzuhalten, um im Falle echter Seuchenzüge in der Lage zu sein, schnell und wirksam zu reagieren. Diese muss sich nicht dadurch rechtfertigen, dass zwischenzeitlich Krankheiten mit geringer ökonomischer Relevanz durch flächendeckende Zwangssanierungen mit hohem ökonomischem und bürokratischen Aufwand bekämpft werden. Bei derartigen Krankheiten sollten vielmehr freiwillige Programme mit praxisnahen Empfehlungen und finanziellen Anreizen zur Anwendung kommen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Vorschläge aufgreifen. Sofern sich daraus Ansatzpunkte für die weitere Zusammenarbeit in Bezug auf Ihre Gesetzesinitiative ergeben, lassen Sie uns dies gern wissen.

Mit freundlichen Grüßen, auch von Herrn Jennerjahn,
Reinhard Jung Geschäftsführer

Naturschutzrecht-Novelle: Bauernbund Brandenburg lehnt Verschärfung der guten fachlichen Praxis ab

Pressemitteilung vom 23. September 2012

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, nimmt nicht an dem morgen stattfindenden "Fachgespräch zur guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft" teil, zu dem vier Landtagsfraktionen eingeladen haben, um Änderungen im Brandenburgischen Naturschutzrecht zu beraten. Die CDU-Fraktion hatte eine Teilnahme an der Veranstaltung ebenfalls im Vorfeld abgelehnt.

"Wir Bauern pflegen die Landschaft und gehen sorgsam mit der Natur um und sehen keinen Anlass, uns von praxisfremden Ideologen vorführen zu lassen", begründet Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch, seine Absage. Der Verband hatte bereits den im März von der Landesregierung vorgelegten Entwurf zur Naturschutzrecht-Novelle als "Bürokratenwillkür" bezeichnet.

Wercham wirft der Landesregierung eine "verlogene Umweltpolitik" vor: Einerseits würden die Bauern "mit einem kleinteiligen Netz absurder Naturschutzauflagen überzogen, andererseits erhalten Konzerne wie Vattenfall einen Freifahrtschein dafür, ganze Regionen zu verwüsten und zu vergiften." Wer derart mit zweierlei Maß messe, verliere jegliche Glaubwürdigkeit.

Dabei sieht der Bauernbund durchaus Ansatzpunkte für eine sinnvolle Agrarumweltpolitik Hand in Hand mit dem Berufsstand, so Wercham weiter: "Durch ein freiwilliges Programm zur Anlage von Hecken und Baumreihen könnten zu große Felder besser gegliedert, Winderosion verhindert und ökologische Nischen geschaffen werden."